

NACHRICHTEN IN KÜRZE

AUTO RAMMT BUS

Fahrerin stirbt im Krankenhaus

Bremen. Eine 85-jährige Frau ist gestern an den Folgen eines Verkehrsunfalls in Borgfeld gestorben. Sie war mit ihrem Auto am Vormittag gegen einen abbiegenden Liniensbus geprallt. Wie die Polizei mitteilte, fuhr der Bus ohne Fahrgäste gegen 10.30 Uhr stadteinwärts auf den Gleisen der Endhaltestelle Borgfeld. Als die Busfahrerin rechts auf die Borgfelder Allee einbog, kam es zum Zusammenstoß mit dem Auto der 85-Jährigen. Sie war auf dem linken Fahrstreifen der Borgfelder Allee stadteinwärts unterwegs und hatte offenbar ein Rotlicht übersehen. Die Frau starb im Krankenhaus. Die Busfahrerin erlitt einen Schock.

AUTOAUFBROCH

Polizei nimmt Serientäter fest

Bremen. Ein Radfahrer, der mit einer Lampe in geparkte Autos leuchtet – das kam zwei Beobachtern am Sonntagabend in Habenhäusen höchst suspekt vor. Wenig später schlug der Mann die Scheibe eines Wagens ein, stahl ein Navigationsgerät und flüchtete auf dem Rad. Die alarmierte Polizei konnte ihn jedoch stellen und festnehmen. Der 36-Jährige gilt als Intensivtäter. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung fanden die Beamten mehrere Gegenstände, die ihrer Ansicht nach aus früheren Straftaten stammen könnten. Der Mann bleibt laut Polizei vorerst in Haft.

LEBENSPARTNERSCHAFTEN

Lohnsteuer wie bei Ehepaaren

Bremen. Bei eingetragenen Lebenspartnern gilt derselbe Lohnsteuerabzug wie bei Ehepartnern. Das hat das Finanzgericht Bremen entschieden. Der 1. Senat hat gegen seinen Beschluss (AZ: 1V 113/11) die Beschwerde zum Bundesfinanzhof in München wegen grundsätzlicher Bedeutung zugelassen. Die Entscheidung betrifft zwei Bremer Frauen, die jeweils in die Steuerklasse I eingruppiert waren. Sie hatten beim Finanzamt beantragt, in andere Steuerklassen zu wechseln, um Steuern zu sparen. Das Finanzamt hatte das abgelehnt, deshalb zogen die Frauen vor Gericht.

PROFESSOREN-GEHALT

FDP: Besoldung überarbeiten

Bremen. Die FDP möchte den Hochschulen mehr Freiraum bei der Besoldung ihrer Professoren einräumen. Nach der jüngsten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zu einer Besoldungsregelung aus Hessen erwartet die FDP, dass auch Bremen die Besoldung seiner verbeamteten Professoren überarbeiten wird. Dabei solle Bremen den Hochschulen die Personalhoheit gleich komplett übertragen, schlägt die FDP vor. Die Regelungen des Berufsbeamtung und eine moderne, leistungsorientierte Bezahlung passten immer weniger zusammen.

STADTUMSCHAU

Eine Senioren Talkshow findet am Mittwoch, 22. Februar, ab 15 Uhr in der Senioren-Residenz „Haus am Geestfeld“ in Kirchweyhe, Bahnhofstraße 60-62, statt. Moderator Jens Schmidtman erwartet als Gäste den Landwirt Hermann Ahrens, den Autoren Wilfried Meyer und den Supermarktleiter Manfred Spreen.

Der Beirat Schwachhausen tagt am Donnerstag, 23. Februar, ab 19.30 Uhr im Sendesaal Bremen, Bürgermeister-Spitta-Allee 45. Auf der Sitzung geht es unter anderem um den Sendesaal und die Reha-Klinik.

Der Schnitt von Ziersträuern und Rosen ist Thema eines Seminars von Arbeit & Ökologie am Sonntagabend, 25. Februar, von 9.30 bis 12.30 Uhr in der Amersfoorter Straße 8. Anmeldung bei der Volkshochschule unter Telefon 36159525 (Kurs: 94-311-M).

Wildgänse am Steinhuder Meer können bei einer naturkundlichen Tagesstour mit dem Naturschutzbund Bremen beobachtet werden. Die Fahrt für Singles startet am Sonntag, 26. Februar, um 9 Uhr am ZOB. Anmeldung unter Telefon 3398772.

Über Hörminderung und Tinnitus informiert eine Veranstaltung der Bremischen Schwesternschaft vom Roten Kreuz am Montag, 27. Februar, ab 17 Uhr am St. Pauli-Deich 26. Eine Anmeldung unter Telefon 5599392 ist erforderlich.

Bremer Sturmfluten sind das Thema von Stadtführungen, die der Umweltwissenschaftler Frank Michael anbietet. Er war elf Jahre lang für die Hochwasservorhersage in Bremen zuständig. Die Zeiten der Führungen sind im Internet unter www.museum-im-schnoor.de zu finden. Anmeldungen sind im Schifferhaus im Schnoor, St. Venedig 15, zu den Ladenöffnungszeiten möglich.

Was das Statistische Landesamt alles erfasst und welche Trends sich aus den Daten ableiten lassen

Bremen in Zahlen

AUS DEM STATISTISCHEN JAHRBUCH 2011



Besucher im Zoo am Meer

2009
288836

2010
264623



Anteil der Bremer Haushalte mit Computern
1998 **36,8%**
2008 **77,1%**



Monatliche Ausgaben für Bekleidung von Kindern unter 14 Jahren
1998 **10 €**
2008 **5 €** (umgerechnet)



Anteil der Bremer Haushalte mit Gefriertruhe
1998 **98,8%**
2008 **44,8%**



Übernachtungen in Bremen
2008 **1,5 Mio.**
2010 **1,65 Mio.**

Klimahauses nur das Technikmuseum U-Boot „Wilhelm Bauer“: Für eine Tour durch die 1944 bei „Blohm & Voss“ im Hamburg vom Stapel gelaufene U2540 hatten 2010 insgesamt 92899 Besucher ein Ticket

gelöst – das waren knapp 9000 mehr als noch im Jahr zuvor. So versteckt sich in dem Statistischen Jahrbuch neben Erfolgsgeschichten eben auch so manche Enttäuschung.

Stadtamt stößt auf Kritik

Öffnungszeiten des Bürger-Service-Centers Nord knapp bemessen

VON JÜRGEN THEINER

Bremen. In Vegesack soll Ende Mai das Bürger-Service-Center (BSC) Nord in Betrieb gehen. Auf einer Etage des Stadthaus am Sedanplatz will das Stadtamt diverse Dienstleistungen anbieten, von der Meldestelle bis zur Zulassung von Fahrzeugen. Doch nun gibt es Streit um die Öffnungszeiten. Der Vegesacker Beirat hat im vergangenen Jahr gefordert, das BSC Nord solle sich mit seinen Geschäftszeiten am BSC Mitte orientieren. Dort haben Bürger für ihre Behördengänge an vier Tagen bis 18.30 Uhr Zeit, auch sonnabends ist der Tresen vier Stunden besetzt. Unterm Strich macht das eine Gesamtöffnungszeit von 53,5 Stunden pro Woche.

Wenn es bei den gegenwärtigen Planungen des Stadtamtes bleibt, wird das Bürger-Service-Center Nord deutlich unter dem

sem Niveau bleiben. Weder ein Dienstleistungsabend noch eine Sonnabendöffnung ist vorgesehen. Die Beschränkung auf 35,5 Wochenstunden hat gestern die parteiübergreifende Kritik von Vegesacker Beiratspolitikern hervorgerufen. Die Einschätzungen reichen von „unzureichend“ über „völlig unannehmbar“ bis „skandalös“. Wenn es bei den jetzigen Absichten des Stadtamtes bleibe, werde das Bürger-Service-Center seinem Namen nicht gerecht. Stadtamtsleiterin Marita Wessel-Niepel sagte, sie habe für die Kritik teilweise Verständnis. Sie bat die Nordbremer Kommunalpolitiker und die künftigen Nutzer der Einrichtung gleichwohl um Verständnis dafür, dass das BSC Nord zunächst wie geplant starten werde. Falls sich nach den ersten drei Monaten herausstelle, dass die Öffnungszeiten zu knapp bemessen seien, könne man noch „nachsteuern“.

Immanuel Geiss ist gestorben

Bremer Historiker erwarb sich Ruf weit über Landesgrenze hinaus

Bremen (keg). Der Bremer Historiker Immanuel Geiss ist in der Nacht zum Montag im Alter von 81 Jahren nach schwerer Krankheit gestorben. Geiss war von 1973 bis 1996 Professor für Neueste Geschichte an der Bremer Universität und gehörte zu den weit über die Landesgrenze hinaus bekannten Wissenschaftlern. Für Aufsehen hatte der Historiker schon in den 60er-Jahren gesorgt: Als Assistent von Fritz Fischer, bei dem er an der Universität Hamburg 1959 promoviert hatte, erforschte er, warum es 1914 zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs kam. Wie Fischer schrieb er dem Deutschen Reich dafür die Hauptverantwortung zu – ein Tabubuch, der für eine heftige Kontroverse sorgte. Nach seiner Promotion arbeitete Geiss bei der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung – und bekam dort große Probleme, als er eine Linie vertrat, die, wie Geiss selbst anmerkte, später unter SPD-Kanzler Willy

Brandt im Prinzip die neue Ostpolitik wurde: Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze. Geiss: „Ich galt als kommunistenverdächtig.“ Ironie der Geschichte: Mitte der 80er-Jahre wurde Geiss als rückwärtsgewandt diffamiert, weil er im sogenannten Historikerstreit den linken Philosophen Jürgen Habermas angegriffen hatte. Geiss' Standpunkt: „Man kann das Dritte Reich und den Sowjetkommunismus, Links- und Rechtstotalitarismus vergleichen, ohne deshalb Auschwitz zu bagatellisieren.“ Immanuel Geiss zeichnet aus, dass er sich nicht auf wenige Themen beschränkte, sondern ein breites Spektrum erforschte. Er selbst sagte dazu: „Ausgehend vom Ersten Weltkrieg sei er immer weiter in der deutschen Geschichte zurückgegangen und schließlich zu der Überzeugung gelangt, dass man Geschichte nicht verstehen könne, ohne den Alten Orient zu kennen.“

Bürgerschaft entscheidet über Waffensteuer

Debatte steht am Donnerstag auf der Tagesordnung des Landtags/ Schützenverbände und Jäger kündigen Protest an

VON MICHAEL BRANDT

Bremen. Kaum ein Streit ist in den vergangenen Wochen so erbittert geführt worden wie der um die geplante Waffensteuer. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Björn Tschöpe hat mit seinem Vorschlag, 300 Euro pro Jahr auf jede Waffe zu erheben, den Zorn von Jägern, Schützen und Sportschützen auf sich gezogen. Ab heute tagt die Bürgerschaft. Am Donnerstag will sie in erster Lesung über das umstrittene Gesetz entscheiden, das SPD und Grüne gemeinsam einbringen. Die Debatte über die Waffensteuer ist für Donnerstag um 14.30 Uhr geplant. Auf den Rängen dürfte es dann voll werden: Unter anderem hat Martin Jordan, Landesbeauftragter des Reservistenverbandes für den Schießsport, seine Kameraden aufgerufen, die Sitzung im Plenum zu verfolgen und auch gleich die „lieben Waidgesellen“ angeschrieben, also die Landesjägerschaft. Auch Schützenvereine werden erwartet.

Der Bremer Schützenbund hat gemeinsam mit dem Bezirksschützenverband Bremerhaven-Wesermünde eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt: „Diese verfassungswidrigen Pläne werden wir mit allen Mitteln bekämpfen.“ SPD-Fraktionschef Björn Tschöpe hat inzwischen eine lange Reihe an Terminen zu diesem Thema absolviert, unter anderem sprach er mit dem Vizepräsidenten des Deutschen Schützenbundes. Und Anfang des Monats hatte es ein Treffen mit der Landesjägerschaft gegeben. Die Waffenbesitzer wehren sich gegen eine „pauschale Kriminalisierung“. Die CDU ist gegen die geplante Waffensteuer. Sie hatte in den vergangenen Wochen die Betroffenen ebenfalls zu Diskussionen eingeladen. In einem Video auf der Internetseite der CDU warnt zum Beispiel der

Vorsitzende des Schützenvereins Oberneuland, dass eine Steuer das Aus für den Verein bedeuten würde. Abseits der Waffensteuer sieht die Tagesordnung mehrere Debatten über Themen vor, die schon in den vergangenen Wochen diskutiert worden sind. So soll die Stadtbürgerschaft heute über einen Antrag von SPD und Grünen beraten, die sogenannte Diskomeile am Breitenweg als Gefahrenpunkt zu entschärfen. Die Meile soll umgebaut werden. Am Mittwoch präsentiert die Regierungskoalition einen Antrag, das Wahlrecht in Bremen auf all diejenigen auszudehnen, die nicht aus EU-Ländern stammen. Nach Angaben der SPD leben in Bremen 80.000 Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Wie berichtet, schlägt die CDU dazu einen anderen Weg vor: Der Integrationsbeauftragte

der Christdemokraten plädiert für eine doppelte Staatsbürgerschaft und steuert damit auch auf einen innerparteilichen Konflikt zu. Am Donnerstag schließlich beschäftigt sich das Parlament mit dem geplanten Landesmindestlohngesetz, das zuletzt durch die Debatte über die Bürgerpark-Tombola wieder in den Fokus gerückt ist. Es geht darum, für die öffentliche Hand und für Aufträge der öffentlichen Hand einen Mindest-Stundenlohn von 8,50 Euro festzuschreiben. Ebenfalls am Donnerstag steht eine Änderung des Ladenschlussgesetzes auf der Tagesordnung. An den Öffnungszeiten der Geschäfte wird sich zwar nichts ändern, die Bürgerschaft muss aber dennoch aktiv werden, weil das bisherige Ladenschlussgesetz auf fünf Jahre befristet war. Die Arbeitsnehmerkammer hat zur Problematik der Ladenöffnungszeiten eine Studie vorgelegt und warnt vor den Folgen der Flexibilisierung für die Beschäftigten.



Umstritten bei Schützen und Jägern: Björn Tschöpe. FOTO: KOCH